
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Mai 1978

** Analyse des votations fédérales du 28 mai 1978*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Zeitgesetz / Sommerzeit	886 376 (48%)	963 862 (52%)
Zolltarifgesetz / Reduktion der Brotpreisverbilligung	971 908 (55%)	801 167 (45%)
Schwangerschaftsabbruch / Bundesge- setz über den Schwangerschafts- abbruch	559 103 (31%)	1 233 149 (69%)
Hochschulförderungsgesetz	792 458 (43%)	1 037 020 (57%)
12 autofreie Sonntage / Burg- dorfer Initiative	678 162 (36%)	1 191 204 (64%)

Stimmeteiligung 49%

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Mai 1978 / Ergebnisse von Repräsentativ- umfragen in der deutschen und französischen Schweiz	2
1. Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen	2
2. Entscheidungsmotive	5
3. Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruches	10
4. Der "Multipack-Effekt" – Material zu einem (immer noch) unterschätzten Problem	12
5. Das neue "Bundesbüchli" – Wie ist es von den Stimmbürgern aufgenommen worden?	15



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Mai 1978

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

Ist das Hochschulförderungsgesetz am momentan sensibilisierten Sparwillen der Bevölkerung gescheitert? Oder drückt sich im Nein des Souveräns ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Studenten und Akademikern aus? Bei welchen Kreisen der Bevölkerung ist die Initiative "für 12 autofreie Sonntage" auf besonders heftige Opposition gestossen? Hat sich die Mehrheit der Gegner der Schwangerschaftsvorlage für ein Nein entschieden, weil sie eine liberalere Lösung anstrebte oder ging ihr im Gegenteil die vorgeschlagene Lösung zu weit? Dies sind einige der Fragen, die wir in der vorliegenden Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Mai zu beantworten suchen. Über die Abklärung des Stimmverhaltens und der Entscheidungsmotive wichtiger Merkmalsgruppen hinaus beschäftigten wir uns mit dem schon in der letzten VOX-Analyse aufgegriffenen Problem der Multipack-Abstimmungen. Wir fragen, ob sich auch diesmal ein "Multipack-Effekt", d.h. eine Beeinflussung der Abstimmungsergebnisse durch die Kombination verschiedener Vorlagen im gleichen Abstimmungsgang nachweisen lässt. Ein weiteres Kapitel ist dem neu konzipierten "Bundesbüchli" gewidmet. Darin prüfen wir, wie weit sich die Bemühungen der Behörden um leicht verständliche Erläuterungen der Vorlagen gelohnt haben, bzw. ob diese von den Stimmbürgern überhaupt zur Kenntnis genommen worden sind.

1) Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen

In einem ersten Schritt haben wir abgeklärt, wie weit bestimmte, politisch aufschlussreiche Merkmale den Entscheid über die einzelnen Vorlagen geprägt haben. Die mit einem statistischen Prüfverfahren (Chi-Quadrat) ermittelten Ergebnisse sind in Tabelle 1) ersichtlich. Statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Abstimmungsverhalten und dem entsprechenden Merkmal der Stimmenden sind mit einem Stern gekennzeichnet (Signifikanzniveau: 0,1). Zwei Sterne weisen auf eine besonders starke Beziehung zwischen den beiden Variablen hin (Signifikanzniveau: 0,001):

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den fünf Vorlagen

Merkmal	Vorlage				
	Sommerzeit	Zolltarif	Schwangerschaft	Hochschulförderung	autofreie Sonntage
Geschlecht					
Alter	**			**	*
Sprachgruppe				*	
Siedlungsart	*			*	
Konfession					
Beruf	**	*		**	
Bildung	**	*		**	
Parteisympathie		*		**	*
Pol. Integration	*	*		*	

In der Hochschulfrage manifestieren sich die grössten gesellschaftlichen Gegensätze. Mit Ausnahme der Geschlechts- und Konfessionszugehörigkeit war die Zugehörigkeit zu allen anderen Merkmalsgruppen bestimmend für den Entscheid.

Eine dominierende Rolle spielten die Merkmale Alter, Beruf, Bildung und Parteisympathie. Beim Zeitgesetz zeigen sich vor allem Gegensätze zwischen den Alters-, Berufs- und Bildungsgruppen; die beiden letzten Merkmale beeinflussten zusammen mit der Parteisympathie auch den Entscheid zum Zolltarifgesetz. Weitgehend einig war man sich bei der "Burgdorfer-Initiative" und beim BG über den Schwangerschaftsabbruch. Bei der Schwangerschafts-Vorlage täuscht allerdings das Resultat. Weil man aus entgegengesetzten Gründen Nein stimmen konnte, werden merkmalspezifische Einstellungen an dieser Stelle nicht sichtbar. Wir werden sie erst in der Analyse der Entscheidungsmotive aufspüren (Kap. 2.).

Die statistisch signifikanten Merkmalsgruppen haben wir weiter analysiert. In Tabelle 2) ist ersichtlich, welche Merkmalsgruppen die einzelnen Vorlagen überdurchschnittlich annahmen oder verwarfen. Die entsprechenden Stimmanteile sind korrigiert, d.h. die verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen 5 Vorlagen weniger als 10%):

Tabelle 2 Das Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen

Vorlage	Befürworter (Ja zur Vorlage in %)	Gegner
Sommerzeit	Total 45	
	Hochschule (73); Gymnasium, Technikum etc. (64)	Primarschule (20); Sekundar-, Bezirksschule (37)
	Angestellte/Beamte in mittleren Positionen (63); Leitende Ang./Beamte und selbständig Erwerbende (56)	Landwirte (5); Arbeiter (38)
	20–39jährige (55)	65–84jährige (25)
	Stadt/städt. Agglom. (50)	Land (40)
	Pol. Integration Mittel (50)*	Pol. Integration Tief (26)
Zolltarif (Brotpreis)	Total 67	
	Landwirte (83)	Arbeiter (57)
	Hochschule (81)	Primarschule (61)
	SVP (80); FdP (77)	SP (55)
	Pol. Integration Hoch (73)	Pol. Integration Tief (50)
Hochschul- förderung	Total 47	
	Hochschule (94); Gymnasium, Technikum etc. (66)	Primarschule (24) Sekundar-, Bezirksschule (40)
	Angestellte/Beamte in mittleren Positionen (66)	Landwirte (33) Arbeiter (37)
	Westschweiz (57)	deutsche Schweiz (45)
	20–39jährige (58)	65–84jährige (33)
	Pol. Integration Hoch (56)	Pol. Integration Tief (28)
	SP (59); CVP (55)	SVP (25); FdP (35)
	Stadt/städt. Agglom. (52)	Land (42)
12 autofreie Sonntage	Total 36	
	deutsche Schweiz (40) SP (47)	Westschweiz (23) FdP (24)

*Zum Begriff der "Politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Das in der Abstimmung knapp verworfene Zeitgesetz ist von verschiedenen Merkmalsgruppen angenommen worden. Mehrheitlich Ja stimmten die 20–39-jährigen sowie die Stimmbürger mit höherer Schulbildung und aus oberen Berufsschichten. Die Befürworter stiessen auf die geschlossene Front der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. 95% der Landwirte legten ein Nein in die Urne. Diese Berufsgruppe stimmte aber nicht nur geschlossen, sie beteiligte sich auch klar überdurchschnittlich an der Abstimmung. Über 80% der Landwirte liessen sich zur Stimmabgabe motivieren; ihre Stimmbeteiligung liegt 16% über derjenigen der gesamten Stichprobe. Hohe Nein-Anteile verzeichneten aber auch die älteren Stimmbürger sowie die Urnengänger mit Primarschulbildung.

Das Referendum gegen das neue Zolltarifgesetz ist von der sozialdemokratischen Partei ergriffen worden. Trotzdem konnte sich die Mehrheit der SP-Sympathisanten nicht zu einem Nein durchringen. Mit 45% Nein unterscheiden sie sich aber deutlich von den Anhängern der übrigen Bundesratsparteien. Über drei Viertel der SVP- und FDP-Sympathisanten stimmten der Vorlage zu. Am stärksten verwarfen die Stimmbürger aus unteren Einkommensklassen.

Der “typisierte” Befürworter der Hochschulförderung ist weniger als 40 Jahre alt, Akademiker, Mitglied der CVP oder SP und wohnhaft in einer städtischen Region der Westschweiz. Sein Antipode stammt aus einem ländlichen Gebiet der deutschen Schweiz. Er ist über 65 Jahre alt, Landwirt oder Arbeiter, verfügt über Primarschulbildung und sympathisiert mit der SVP oder der FDP. Am stärksten trennt die beiden ihre unterschiedliche Ausbildung sowie ihr Alter. Drei Viertel der Stimmbürger, die lediglich über eine Primarschulbildung verfügen, stimmten Nein. Von der Gruppe der Hochschulabsolventen opponierten dagegen nur gerade 6%.¹⁾ Dazu lehnten zwei Drittel der 65–84-jährigen die Vorlage ab. Erstaunlich ist aber auch der hohe Anteil der Nein-Stimmen bei den Anhängern der SVP und FDP. Obwohl beide Parteien sich hinter das neue Gesetz gestellt und nur wenige kantonale Parteien abweichende Parolen ausgegeben hatten, sprachen sich drei Viertel der SVP- und zwei Drittel der FDP-Sympathisanten gegen die Förderung der Hochschulen aus.

Die Initiative für “12 autofreie Sonntage” fand in einzelnen Merkmalsgruppen ein ausgesprochen negatives Echo. Über drei Viertel der Romands und ein ebenso grosser Teil der FDP-Anhänger verwarfen. Die meisten Sympathien wurden dem Volksbegehren in den Reihen der SP zuteil. Auch hier konnte sich aber keine Mehrheit für ein Ja entschliessen.

2) Die Entscheidungsmotive

Mit Hilfe einer offenen Frage klärten wir ab, welche Beweggründe zum Ja- oder Nein-Entscheid zu den einzelnen Vorlagen geführt haben. In Tabelle 3) sind die drei jeweils am häufigsten genannten Entscheidungsmotive aufgeführt. In Klammern dahinter der Anteil der Nennungen in Prozent:

Tabelle 3 Die wichtigsten Entscheidungsmotive

Vorlage	Entscheid	Motiv (% der Nennungen)
Sommerzeit	Ja	<ul style="list-style-type: none"> - Die Schweiz kann nicht abseits stehen (55) - Koordination der Fahrpläne, Grenzverkehr, Tourismus etc. (12) - Energiesparmassnahmen (5)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> - Nachteile für die Landwirtschaft (33) - Es geht auch ohne Sommerzeit (19) - Ungünstige Auswirkungen für die Kinder (11)
Zolltarif	Ja	<ul style="list-style-type: none"> - Der Bund muss sparen (45) - Die Preiserhöhung ist zumutbar (21) - Die Preiserhöhung ist schon erfolgt (müsste wieder rückgängig gemacht werden) (5)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> - Brotpreiserhöhung ist unsozial/Trifft Einkommensschwache (30) - Grundsätzliches Nein zur Sparpolitik des Bundes/ Anderswo sparen (17) - Zollerhöhung ist verfassungswidrig (5)
Schwangerschaftsabbruch	Ja	<ul style="list-style-type: none"> - Kompromiss/Kleinstes Übel (26) - Nennung eines Kontra-Argumentes (für Fristenlösung, Abbruch muss verboten werden) (17) - Soziale Indikation/Soziale Gesichtspunkte werden berücksichtigt (15)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz geht zu wenig weit/Für eine liberalere Lösung (23) - Die Frau soll selber entscheiden können (18) - Ethisch/religiöse Gründe (13) - Gesetz geht zu weit (10)
12 autofreie Sonntage	Ja	<ul style="list-style-type: none"> - Umweltschutz, weniger Abgase, mehr Ruhe etc. (63) - Andere Prioritäten setzen/Grundsätzlich Umdenken (11) - Eindämmung des Individualverkehrs (4)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen staatliche Vorschriften/Einschränkung der persönlichen Freiheit (31) - Für ein Ferienland undenkbar/Verärgert Touristen (22) - Es gibt bessere Lösungen (Abgasvorschriften etc.) (8)
Hochschulförderung	Ja	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen Zulassungsbeschränkungen/Jeder soll studieren können, der dazu fähig ist (37) - Wir brauchen Akademiker (Bildung ist unser Rohstoff) (24) - Die Kantone brauchen mehr Unterstützung durch den Bund (7)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> - Wir haben genug Studenten/Wir brauchen mehr Lehrlinge (36) - Der Bund muss sparen (22) - Studenten bringen Unruhe (demonstrieren) (6)

55% der Befürworter des Zeitgesetzes sahen in der Einführung der Sommerzeit eine notwendige Anpassung an die Zeitregelung in unseren Nachbarländern. Weitere 12% machten auf konkrete Nachteile einer "europäischen Spezialzeit" aufmerksam (Fahrplankoordination, Grenzverkehr, Tourismus, ausländische Fernsehprogramme). Das im Abstimmungskampf kaum mehr vorgebrachte Argument, mit der Sommerzeit könne Energie gespart werden, wurde noch von 5% der Ja-Stimmenden erwähnt. Das wichtigste Nein-Motiv waren die ungünstigen Auswirkungen der Zeitverschiebung für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung. Bei den nicht direkt mit der Landwirtschaft verbundenen Stimmbürgern der unteren Bildungs- und Berufsschichten besitzt das Nein aber noch einen anderen Hintergrund. Es ist als Opposition gegen eine Neuerung zu verstehen, deren Sinn man nicht einzusehen vermag. 25% der ablehnenden Arbeiter konnten ihre Haltung nicht begründen. 22% machten geltend, dass sich die bisherige Regelung bewährt habe. Nur 19% wiesen dagegen auf Nachteile für die Landwirtschaft hin.

Die Befürworter des Zolltarifgesetzes wollten mit ihrem Ja die Sparbemühungen des Bundes unterstützen. Die aus den beschlossenen Massnahmen resultierende Mehrbelastung für die Konsumenten erschien ihnen zudem für jedermann tragbar. Demgegenüber betrachteten die Gegner der Vorlage eine Brotpreiserhöhung als unsozial. Sie machten geltend, dass auch geringe Preiserhöhungen auf Grundnahrungsmitteln einkommensschwache und kinderreiche Familien schwer treffen können. Hinter dem Nein vieler Stimmbürger verbarg sich aber auch eine grundsätzliche Opposition gegen die Sparpolitik des Bundes. Ein kleiner Teil der Gegner hielt die Zollerhöhung zudem für verfassungswidrig.

Das BG über den Schwangerschaftsabbruch hat kaum jemanden zu überzeugen vermocht. Noch deutlicher als im nackten Abstimmungsergebnis zeigt sich dies in den Entscheidmotiven. Von den befürwortenden Stimmbürgern machte nur etwas mehr als ein Viertel auf Vorteile der vorgeschlagenen Lösung aufmerksam (Soziale Indikation, weniger illegale Abtreibungen, Beratungsstellen etc.). Die andern stimmten zu, weil sie die Lösung als das kleinste Übel bzw. als annehmbaren Kompromiss betrachteten oder aber, weil sie ihre Einstellung zur Schwangerschaftsfrage auf dem Stimmzettel falsch ausdrückten. 17% machten Argumente geltend, die eigentlich zu einem Nein hätten führen müssen. Weitere 22% konnten ihren Entscheid nicht begründen. 5% der Ja-Stimmenden zogen ein Ende mit Schrecken der anderen Variante vor. Sie legten ein Ja in die Urne, um den Diskussionen zu dieser Frage ein Ende zu bereiten. Die Mehrheit der Nein-Stimmenden lehnte ab, weil ihr das Gesetz zu wenig weit ging. Von den Gegnern, die ein konkretes Entscheidmotiv nennen konnten, liessen 61% erkennen, dass sie eine liberalere Lösung vorziehen würden. Mit ihrem Nein verbanden sie vor allem den Wunsch, die Schwangere solle selber über die Fortsetzung oder den Abbruch der Schwangerschaft bestimmen können. Die wichtigsten Nein-Motive der Befürworter einer konservativeren Lösung waren ethische und religiöse Überlegungen. Wir werden im nächsten Kapitel auf die Schwangerschaftsfrage zurückkommen und dabei u.a. fragen, welche Alternativen sich nach dem zweifachen Nein des Souveräns zu Schwangerschafts-Vorlagen anbieten.

Zwei Drittel der Befürworter der Burgdorfer-Initiative erklärten, das Volksbegeh-

ren aus Gründen des Umweltschutzes bzw. direkt damit zusammenhängender Massnahmen zur Hebung der Lebensqualität unterstützt zu haben (mehr Ruhe, bessere Luft etc.). Für 11% ging es grundsätzlich um einen ersten Schritt in Richtung einer alternativen, den "Grundbedürfnissen" der Menschen besser angepassten Lebensweise. Andere im Abstimmungskampf vorgebrachte Argumente, wie z.B. der autofreie Sonntag als Touristenattraktion oder als Energiesparmassnahme, wurden kaum erwähnt. Bei den Gegnern der Vorlage hielten sich zwei unterschiedliche Argumente die Waage. Ein Drittel opponierte gegen die Ausdehnung der staatlichen Kontrolle in den Bereich der Freizeitgestaltung. Ein anderer Drittel verwarf aus Solidarität mit betroffenen Regionen, Wirtschaftszweigen (Hotellerie etc.) und Bevölkerungsgruppen (Touristen, Personen mit 6-Tage Woche etc.). Der Rest konnte seinen Entscheid nicht begründen oder aber machte auf "bessere" Lösungen aufmerksam (verschärfte Abgasvorschriften etc.).

Für die Befürworter des Hochschulförderungsgesetzes waren vor allem zwei Gründe ausschlaggebend. Ihr Ja richtete sich einmal gegen Zulassungsbeschränkungen. Wer die notwendigen Fähigkeiten für ein Hochschulstudium besitzt, soll studieren können. Im anderen wichtigen Entscheidmotiv erscheint die Hochschulförderung als volkswirtschaftlicher Faktor. Bildung und Forschung sind wichtige Quellen unseres Wohlstandes. Rückschläge in diesen beiden Gebieten würden die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft schmälern und im Endeffekt Arbeitsplätze gefährden. Kaum erwähnt wurde dagegen ein drittes Ziel der Vorlage. Nur gerade 1% der Befürworter sahen im HFG ein Mittel zur besseren Koordination und damit auch zum optimaleren Einsatz öffentlicher Gelder. In den Antworten der Hochschulförderungs-Gegner spiegelt sich eine ausgesprochene Skepsis den Hochschulabsolventen gegenüber. Über ein Drittel machte geltend, dass wir genügend Studenten besässen. Hinter diesen Antworten verbirgt sich wahrscheinlich jenes Misstrauen, das 6% der Nein-Stimmenden direkt äusserten: Studenten demonstrieren, die Hochschulen sind ein Unruheherd. Nur von zweitrangiger Bedeutung waren dagegen finanzielle Überlegungen (22%) und nahezu ohne Einfluss blieben föderalistische Argumente. Weniger als 1% der Nein-Stimmenden opponierte gegen zentralistische Tendenzen im Schulwesen.

Anschliessend an die Beantwortung der offenen Frage nach den Entscheidmotiven haben wir den Befragten noch einige Argumente für oder gegen die Hochschulförderung vorgelegt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. In Tabelle 4) ist ersichtlich, wie viele Stimmbürger sich mit dem jeweiligen Argument einverstanden erklärten. Es wurde zwischen dem Total aller Befragten und den befürwortenden und ablehnenden Urnengängern unterschieden. Die Gesamtstichprobe differenzieren wir zusätzlich nach den beiden Merkmalsgruppen mit der unterschiedlichsten Einstellung: den Akademikern und den Stimmbürgern mit Primarschulbildung:

Tabelle 4 Die Bewertung von Argumenten für und gegen die Hochschulförderung

Argument	Gesamtstichprobe			Urnengänger		
	Total	Akademiker	Primarsch.	Total	Ja	Nein
	("einverstanden" in %)					
(1) Ohne Hochschulförderung können in Zukunft viele junge Leute nicht mehr studieren (Numerus Clausus)	49	78	35	50	79	23
(2) Die Hochschulen kosten uns schon ohnehin zu viel	41	2	60	38	10	62
(3) Hochschulen und Forschung sind ein wichtiges Mittel, um bei verstärkter int. Konkurrenz den bestehenden Wohlstand zu erhalten und zu verhindern, dass noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen (Uhrenindustrie!)	57	84	40	58	82	38
(4) Wir müssen so viele Studienplätze schaffen, dass alle Bildungswilligen studieren können, auch solche aus Kantonen ohne eigene Hochschulen	66	91	55	65	92	43
(5) Wenn alle studieren können, gibt es bald Massen von stellenlosen Akademikern	50	20	57	52	23	78
(6) Wenn wir zu wenig Studienplätze haben, wird die Zulassung zu begehrten Studienrichtungen (z.B. Medizin) willkürlich ungleich behandelt werden	42	62	34	44	67	24
(7) Hochschulen kommen sowieso nur den besser Gestellten zugute. Kinder aus ärmeren Familien gehen nicht an die Hochschule	34	31	45	32	29	36
(8) Das Schulwesen und somit auch die Ausbildung und Forschung an den Hochschulen ist Sache der Kantone, der Bund sollte sich hier nicht einmischen	18	9	29	17	11	22

Das auffallendste Ergebnis in Tabelle 4) ist die ausserordentlich enge Korrelation zwischen der Einstellung zur Hochschulförderung und der Schulbildung des Befragten. Die Beurteilung der einzelnen Argumente durch die Angehörigen der beiden Bildungskategorien der Gesamtstichprobe deckt sich weitgehend mit derjenigen der Ja- bzw. Nein-Stimmenden. Im übrigen werden die mit der offenen Frage

ermittelten Ergebnisse bestätigt. Die wichtigsten Motive der Befürworter sind in den Argumenten 4, 3 und 1 umschrieben, diejenigen der Gegner in den Argumenten 5 und 2. Dabei zeigt sich auch hier wieder, dass die Kostenfrage eine geringere Entscheidungsrelevanz besass als die mit dem Argument 5 angedeutete Entfremdung zwischen Studenten und Akademikern auf der einen, und Stimmbürgern ohne höhere Schulbildung auf der anderen Seite. In dieser Hinsicht beachtenswert ist die Beurteilung von Argument 7. Fast die Hälfte der Stimmbürger mit Primarschulbildung betrachtet den Besuch einer Hochschule als Privileg der Reichen. Nicht minder interessant ist die Tatsache, dass ihnen 30% der Akademiker zustimmen.

3) Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruches

Gibt es nach der Verwerfung der Fristenlösung und der als Kompromiss gedachten erweiterten Indikationenlösung überhaupt noch eine Alternative? Wir haben den Stimmbürgern Lösungsvorschläge unterbreitet und sie nach ihrer persönlichen Präferenz befragt. Zur Auswahl standen: die über die Fristenlösung hinausgehende, völlige Freigabe; die Fristenlösung; die im vorgelegten BG vorgesehene, erweiterte Indikation sowie die Beibehaltung des Status Quo bzw. eine auf die medizinische Indikation beschränkte Lösung. Tabelle 5) zeigt die Lösungspräferenzen einzelner Merkmalsgruppen der Gesamtstichprobe und der am 28. Mai Ja- bzw. Nein-Stimmenden:

Tabelle 5 Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruches

Merkmalsgruppe	Völlige Freigabe (in %)	Fristenlösung	Erweiterte Indikation	Status Quo (Med. Indikation)
Total	18	31	22	25
Mann	19	32	21	24
Frau	17	30	23	27
20–39jährige	21	38	20	18
65–84jährige	9	16	28	39
deutsche Schweiz	15	32	22	27
Westschweiz	26	26	23	20
Stadt/städt. Agglom.	22	35	18	22
Land	12	24	28	31
Leitende Ang./Beamte u. selbst. Erwerbende	24	36	18	21
Landwirte	7	19	32	35

Fortsetzung Tabelle 5

Merkmalsgruppe	Völlige Freigabe (in %)	Fristenlösung	Erweiterte Indikation	Status Quo (Med. Indikation)
Reformierte	15	39	24	19
Katholiken	21	19	20	35
CVP	10	15	15	51
SP	26	37	21	16
BG vom 28. Mai Ja	16	29	42	13
BG vom 28. Mai Nein	15	36	15	31
Urnengänger Total	15	35	21	28

Die Bevölkerung ist in zwei, etwa gleich starke Lager geteilt. Die eine Hälfte befürwortet eine Indikationenlösung, die andere Hälfte wünscht eine darüber hinausgehende Liberalisierung. In einzelnen Merkmalsgruppen zeigen sich allerdings deutliche Präferenzen für die eine oder die andere Variante. 63% der SP-Sympathisanten, 60% der Angehörigen der obersten Berufsschicht, 59% der 20–39jährigen, 57% der Bewohner städtischer Regionen und 54% der Reformierten fordern die Fristenlösung oder eine völlige Freigabe. Dagegen treten 67% der 65–84jährigen, 66% der CVP-Anhänger, 59% der auf dem Land lebenden Bevölkerung und 55% der Katholiken für die enge oder erweiterte Indikationenlösung ein.

Bei den am 28. Mai Ja-Stimmenden wird bestätigt, was wir schon in der Analyse der Entscheidungsmotive aufdeckten (s. Kap. 2). Nur eine Minderheit der Befürworter hat dem Gesetz aus Überzeugung zugestimmt. Bei 58% der Ja-Stimmenden handelte es sich um einen Kompromissentscheid oder sogar – wie wir in Kapitel 2 sahen – um einen “Fehlentscheid”. Mit dem Ja glaubte man eine andere Lösung zu unterstützen. “Falsch” gestimmt haben aber offenbar auch einige Nein-Stimmende. Dass 18% von ihnen die erweiterte Indikationenlösung unterstützen, ist kaum allein mit einem Gesinnungswandel zwischen Abstimmung und Befragung zu erklären.

Einer knappen Mehrheit der Nein-Stimmenden ging die vorgeschlagene Lösung zu wenig weit. Beim Total der Urnengänger ergibt sich aber wieder die gleiche Patt-Situation wie beim Total der Stimmbürger. Gibt es bei dieser Interessenkonstellation überhaupt eine Chance für eine nationale Lösung? Die beiden mittleren Lösungen wurden in Abstimmungen getestet. Dabei hat die Fristenlösung weit besser abgeschnitten als die erweiterte Indikationenlösung (48% Ja gegenüber 31% Ja). Sie steht auch in der von uns ermittelten Präferenzordnung klar an erster Stelle. Wenn es überhaupt eine Lösung gibt, die die Mehrheit der Stimmbürger zu überzeugen vermag, dann ist es die Fristenlösung. Am Ständemehr würde aber auch sie scheitern. In ländlichen Kantonen besitzt jede über eine Indikationenlösung hinausgehende Liberalisierung keine Chancen. Damit bleiben vier Möglichkeiten: der

Status Quo, die Verankerung der Fristenlösung in einem Bundesgesetz, eine kantonale Regelung oder aber das Warten auf die nächste Generation. Einer der tiefsten Gräben in der Schwangerschaftsfrage ist derjenige zwischen jung und alt.

4) Der "Multipack-Effekt" – Material zu einem (immer noch) unterschätzten Problem

In der letzten VOX-Analyse haben wir die Frage aufgegriffen, ob und allenfalls wie weit die Kombination von Vorlagen in der einen Abstimmung die einzelnen Abstimmungsergebnisse beeinflusst. Dabei liess sich u.a. nachweisen, dass die zur Abstimmung gelangende AHV-Vorlage überdurchschnittlich viele ältere Stimmbürger an die Urnen lockte, was dazu führte, dass die Volksinitiative "Demokratie im Nationalstrassenbau" deutlicher abgelehnt wurde. Auch diesmal war die Kombination der Vorlagen nicht bedeutungslos.

Wie bei der letzten Abstimmung ist eine der Vorlagen bei der einen Merkmalsgruppe auf besonderes Interesse gestossen: das Zeitgesetz bei der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. Die Stimmbeteiligung der Landwirte lag 16% über derjenigen der gesamten Stichprobe sowie 8% über ihrer durchschnittlichen Beteiligung in den letzten fünf Abstimmungen.²⁾ Auf die Bedeutung dieser Tatsache für die Ablehnung der Sommerzeit haben wir bereits in Kapitel 1 hingewiesen. Die in nachweisbar grösserer Zahl stimmenden Landwirte haben aber auch zu den übrigen Vorlagen Stellung bezogen. In Tabelle 6) ist ersichtlich, wie sie sich zum Zolltarifgesetz, zum Schwangerschaftsabbruch, zur Hochschulförderung und zur Bургdorfer-Initiative ausgesprochen haben:

Tabelle 6 Das Stimmverhalten der Landwirte

Vorlage	Urnengänger Total (% Ja)	Landwirte (% Ja)
Zolltarifgesetz	67	84
Schwangerschaftsabbruch	23	25
Hochschulförderung	47	33
12 autofreie Sonntage	36	35

Bei zwei Vorlagen unterscheidet sich das Abstimmungsverhalten der Landwirte statistisch signifikant von der Gesamtheit der Stimmbürger. Das Zolltarifgesetz wurde deutlicher angenommen und die Hochschulförderung stärker verworfen. Bei einer dritten Vorlage ist die merkmalspezifische Einstellung nur deshalb nicht

sichtbar, weil sie sich nicht in einer entsprechenden Stimmabgabe ausdrücken liess. Die Landwirte verwarfen das Schwangerschaftsgesetz etwa gleich stark wie die übrigen Stimmbürger. Ihr Nein war aber ein klares Nein gegen eine Liberalisierung der bestehenden Gesetzgebung (s. Tabelle 5).

Nach unseren Daten besteht kein Zweifel, dass die Kombination mit dem Zeitgesetz dem Zolltarifgesetz mehr Ja-Stimmen und der Hochschulförderung mehr Nein-Stimmen gebracht hat. Weil die Landwirte einen relativ kleinen Teil der Stimmbürgerschaft ausmachen, handelt es sich dabei nur um einige tausend Stimmen. Abgesehen davon, dass auf eidgenössischer Ebene einzelne Vorlagen schon an wenigen Tausend Stimmen gescheitert sind, gilt es aber zu berücksichtigen, dass wir mit den Landwirten nur die auffallendste Merkmalsgruppe näher analysiert haben. Der "Multipack-Effekt" ergibt sich aus der sich überschneidenden und z.T. verstärkenden Beeinflussung sämtlicher Vorlagen und Merkmalsgruppen. Dies versuchen wir am Beispiel der Hochschulförderungs-Vorlage aufzuzeigen.

1973 haben die beiden Verfassungsvorlagen über das Bildungswesen und die Förderung der Forschung 27,5% der Stimmbürger an die Urnen gelockt. 1978 nahmen zur thematisch verwandten Vorlage über die Förderung der Hochschulen und der Forschung 49% der Stimmbürger Stellung. Hat sich in fünf Jahren die Thematik derart aktualisiert, dass sich heute fast doppelt so viele Stimmbürger angesprochen fühlen? 1973 haben sich 53% für den Bildungsartikel und 65% für die Förderung der Forschung ausgesprochen. 1978 vermag eine ähnliche Vorlage nur gerade 43% der Stimmen auf sich zu vereinigen. Kann dieser Stimmungsumschwung allein auf materielle Eigenheiten der Vorlagen oder veränderte politische Rahmenbedingungen zurückgeführt werden? U.E. können beide Fragen verneint werden. Mit anderen Worten: wir sehen einen Zusammenhang zwischen Multipackabstimmung, Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat. Die Kombination verschiedenartiger Vorlagen hat die Stimmbeteiligung tendenziell erhöht. Und diese höhere Stimmbeteiligung hat sich zuungunsten der Hochschulförderungs-Vorlage ausgewirkt.

Mit unseren Daten lässt sich nachweisen, dass sich einzelne Merkmalsgruppen von der Frage der Hochschulförderung weniger angesprochen fühlten als von anderen zur Abstimmung gelangten Vorlagen. Viele ihrer Angehörigen hätten wahrscheinlich auf einen Urnengang verzichtet, wenn die Hochschulförderung allein zur Abstimmung gelangt wäre. Interessanterweise handelt es sich dabei gerade um jene Merkmalsgruppe, welche die Vorlage überdurchschnittlich ablehnten. Durch andere Vorlagen angelockt, haben sie nicht auf einen Entscheid zu dem sie weniger interessierenden Problem verzichtet und dabei als "Nebeneffekt" das Lager der Hochschulförderungs-Gegner gestärkt.

Die entsprechenden Daten sind in Tabelle 7 ersichtlich. Für die wichtigsten ablehnenden und befürwortenden Gruppen haben wir berechnet, wie stark sie sich subjektiv von den einzelnen Vorlagen betroffen fühlten. Dazu mussten die Gruppenmitglieder auf einer Zehnerskala mit der Ziffer 10 für eine "sehr grosse Auswirkung" und der Ziffer 1 für eine "sehr kleine, schwache Auswirkung" die Auswirkung angeben, die sie von der entsprechenden Vorlage auf ihre eigene Person erwarteten. Die angegebenen Werte sind Mittelwerte der Merkmalsgruppen. Hinter den einzelnen Merkmalsgruppen steht in Klammern der Anteil der Ja-Stimmen

zum Hochschulförderungsgesetz. Bei den ersten sieben Gruppen (Akademiker bis Stadt) handelt es sich um die wichtigsten Befürworter, bei den folgenden Gruppen um die entsprechenden Gegner der Vorlage:

Tabelle 7 Die Einschränkung der "Betroffenheit" durch die einzelnen Vorlagen nach Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Vorlage	Hochschul- förderung	Sommer- zeit	Brot- preis	Schwang. abbruch	auto- freie S.	Durchschnitt ohne HFG*
Akademiker (94)		6,5	4,5	3,9	4,7	5,0	4,5
Ang./Beamte in mittleren Pos. (66)		4,2	4,1	4,0	4,3	4,9	4,3
20–39jährige (58)		4,6	4,4	4,1	4,2	5,4	4,5
Westschweiz (57)		4,3	4,0	4,1	4,4	4,7	4,3
Pol. Integration Hoch (56)		5,1	4,8	4,7	4,5	5,7	4,9
SP (59)		4,3	4,4	4,5	4,3	4,9	4,5
Stadt (52)		4,3	4,4	4,3	4,2	5,2	4,5
Total (Befürworter)		4,8	4,4	4,2	4,4	5,1	4,5
Primarschule (24)		3,2	4,0	4,0	3,2	4,4	3,9
SVP (25)		3,2	4,1	3,3	3,0	4,2	3,7
Pol. Integration Tief (28)		2,7	3,7	3,2	2,8	4,2	3,5
65–84jährige (33)		3,6	4,0	4,0	3,4	4,5	4,0
Landwirte (33)		4,1	5,4	4,7	4,0	4,4	4,6
Land (42)		3,9	3,9	3,7	3,4	4,7	3,9
deutsche Schw. (45)		4,1	4,3	4,1	3,8	5,1	4,3
Total (Gegner)		3,5	4,2	3,9	3,4	4,5	4,5

*Durchschnitt sämtlicher Vorlagen ohne Hochschulförderungsgesetz

Tabelle 7 zeigt deutlich, dass die mehrheitlich ablehnenden Gruppen dem Hochschulförderungsgesetz keine allzu grosse Bedeutung beimessen. Nur die Schwangerschafts-Vorlage wurde von einzelnen Gruppen als noch weniger wichtig eingestuft. Demgegenüber räumten die befürwortenden Gruppen der Hochschulförde-

rung, zusammen mit der Burgdorfer-Initiative Priorität ein (Ausnahme: SP-Sympathisanten).

Wie wir bereits erwähnten, kann daraus geschlossen werden, dass bei einer Einzelabstimmung eher solche Stimmbürger auf einen Urnengang verzichtet hätten, die das Hochschulförderungsgesetz am 28. Mai abgelehnt haben. Der "Multipack-Effekt" hat sich also eindeutig zuungunsten der Hochschulförderung ausgewirkt. Tabelle 7 bringt aber noch eine zusätzliche Erkenntnis. Wer sich von der Hochschulförderung betroffen fühlte, bzw. wem es gelungen ist, in der Vorlage seine eigene Interessenlage zu erkennen, hat eher Ja gestimmt. Auf der anderen Seite ist das Nein vieler Stimmbürger als Absage an eine Vorlage zu verstehen, deren Vorteile für die eigene Person man nicht einzusehen vermochte. Bei der Burgdorfer-Initiative dagegen stellte die Wahrnehmung der eigenen Interessen kein Problem dar. Sie darf als eigentliches "Zugpferd" der Abstimmung bezeichnet werden.

5) Das neue "Bundesbüechli"

Das Erkennen der eigenen Interessenlage ist ein Bildungs- und Informationsproblem. Während die Lösung des Bildungsproblem es längerfristige Reformen erfordert, ist das Informationsdefizit der Stimmbürger mit relativ leicht realisierbaren, "technischen" Massnahmen kurzfristig zu beheben. Erste derartige Massnahmen sind mit der Annahme des BG über politische Rechte im Dezember 1977 eingeleitet worden. Im neuen Bundesgesetz wird der Bundesrat beauftragt, den ins Haus geschickten Abstimmungsvorlagen kurze, sachliche Erläuterungen beizulegen, die auch der Auffassung wesentlicher Minderheiten Rechnung tragen.

Die Broschüre zur Volksabstimmung vom 26. Februar 1978 enthielt bereits die geforderten Erläuterungen. Im hinteren Teil der Druckschrift versteckt und in schwer verständlichem Bundesdeutsch geschrieben, trugen diese aber kaum dazu bei, einem grösseren Teil der Stimmbürger den Entscheid zu erleichtern. Dies sollte sich mit dem neuen Bundesbüechli zur Abstimmung vom 28. Mai geändert haben. Die Erläuterungen sind nach vorne gerückt, der Text ist mit Zwischentiteln und Informationskästchen aufgelockert und – was am meisten zählt – in eine einfachere Sprache übersetzt worden.

Ob die Bemühungen der Bundesbehörden mit einer entsprechend höheren Leserquote honoriert worden sind, zeigt uns Tabelle 8. Darin ist ersichtlich, wie viele Stimmbürger die beiden Broschüren zur Abstimmung vom 26. Februar und zur Abstimmung vom 28. Mai gelesen haben. In beiden Umfragen wurden die Leser zusätzlich gefragt, ob ihnen beim Lesen der Broschüre etwas aufgefallen sei:

Tabelle 8 Die Aufnahme des Bundesbüchli durch die Stimmbürger

	Bundesbüchli Februar 78 (Daten aus den entsprechenden VOX-Analysen)	Bundesbüchli Mai 78
gelesen (% der Stimmbürger)	44	52
davon:		
Nichts aufgefallen	82	76
Text enthielt Erläuterungen	6	4
Klarer, verständlicher	1	12
Argumente der Befürworter + Gegner	1	1
Neues "Design", grafisch besser	—	1
Anderes (meist unzutreffend)	9	7

Von einem durchschlagenden Erfolg des neuen Bundesbüchli kann nicht gesprochen werden. Eine gewisse Attraktivitätssteigerung ist aber unverkennbar. Die Leserquote ist um 8% gestiegen und 12% der Leser rühmten die klarere, verständlichere Sprache. Ohne Zweifel könnten mit weiteren Verbesserungen noch mehr Stimmbürger auf die Gratis-Entscheidungshilfe aufmerksam gemacht werden. Die äussere Gestaltung müsste dem Leser deutlich machen, dass er ein neues, lesbares Bundesbüchli in den Händen hält. Tabellen und Bilder würden zu einer weiteren grafischen Auflockerung des Textes führen. Schliesslich müsste den gegnerischen Argumenten mehr Platz eingeräumt werden. In einigen Antworten finden sich Ansätze zu einer in diese Richtung zielenden Kritik. Auch wer sich nur einmal durch das Bundesbüchli manipuliert fühlt, wird das nächste Mal auf dessen Dienste verzichten.

Anmerkungen

(1) Der Einfluss der Bildung und damit auch des sozialen Milieus des Stimmbürgers auf seinen Entscheid zur Hochschulförderung konnte in einer Analyse der kantonalen Abstimmungsergebnisse nachgewiesen werden. Zwischen dem Ja-Stimmenanteil und dem Studentenanteil besteht eine enge positive Korrelation. Der Verfasser der Analyse, H. Krebs, meint dazu: "Je höher der Akademisierungsgrad, je wahrscheinlicher also der Stimmbürger in seinem Verwandten- und Bekanntenkreis auf Studenten und Akademiker trifft, desto positiver ist der Entscheid ausgefallen." s. dazu NZZ, 155, 7.7.1978, S. 31

(2) siehe dazu: VOX, Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. Februar 1978, S. 12

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Mai 1978

Zusammenfassung

Die Repräsentativumfrage zur Abstimmung vom 28. Mai ergibt wie üblich ein Bild der *Zusammensetzung* und der *Entscheidungsmotive der befürwortenden und ablehnenden Lager* bei jeder Vorlage.

Beim *Hochschulförderungsgesetz* zeigt sich ein ausserordentlich tiefer Graben zwischen Studenten, Akademikern und Angehörigen oberer Berufsschichten auf der einen und den Stimmbürgern ohne höhere Schulbildung und aus unteren Berufsschichten auf der anderen Seite. 94% der Akademiker befürworteten das HFG, 76% der Stimmbürger mit Primarschulbildung lehnten es ab. Entscheidrelevant waren aber auch die Sprach- und Wohnregion, das Alter sowie die Parteisympathie der Stimmenden. Westschweizer, 20–39jährige, Bewohner städtischer Regionen, CVP- und SP-Sympathisanten stimmten der Hochschulförderung mehrheitlich zu. Dabei ging es ihnen vor allem um die Sicherstellung eines Studienplatzes für alle Bildungswilligen und Bildungsfähigen. Viele befürchteten zudem, dass mit Rückschlägen im Bildungswesen und in der Forschung die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und damit letztlich auch Arbeitsplätze gefährdet würden. In den Antworten der *HFG-Gegner* drückt sich ein *ausgesprochenes Misstrauen gegen die Hochschulen und die Hochschulabsolventen* aus. Zwar argumentierte nur ein kleiner Teil der Nein-Stimmenden mit dem Hinweis auf die "Hochschule als politischer Unruheherd". Die von vielen Ablehnenden geäußerte Befürchtung, wir würden zu viele Studenten ausbilden, basiert aber wahrscheinlich in den wenigsten Fällen auf der Kenntnis der tatsächlichen Bedürfnislage. Nur von zweitrangiger Bedeutung waren finanzielle und föderalistische Argumente.

Das BG über den *Schwangerschaftsabbruch* vermochte auch die 31% Ja-Stimmenden nicht recht zu überzeugen. Eine Mehrheit von ihnen stimmte nur deshalb zu, weil sie die vorgeschlagene Lösung als akzeptablen Kompromiss oder kleinstes Übel betrachtete bzw. weil sie den Diskussionen um diese Frage ein Ende bereiten wollte. Das Lager der Gegner war geteilt. *Einer Mehrheit ging die erweiterte Indikation zu wenig weit*; eine Minderheit wünscht eine restriktivere Lösung. Für eine über die Indikationenlösung hinausgehende Liberalisierung votierten in erster Linie jüngere Stimmbürger, Westschweizer, Bewohner städtischer Regionen, Angehörige höherer Berufskategorien, Reformierte und Sympathisanten linker Parteien. Von allen Lösungsvarianten scheint auf nationaler Ebene nur die Fristenlösung in nächster Zeit eine Mehrheit der Stimmbürger für sich gewinnen zu können. Als Volksinitiative würde sie aber wahrscheinlich erneut scheitern. 60% der in ländlichen Regionen lebenden Stimmbürger treten für den Status Quo oder die erweiterte Indikation ein. Ein Ständemehr ist bei dieser Interessenkonstellation kaum

zu erreichen. Für die Zukunft von Bedeutung ist der Gegensatz zwischen den Altersgruppen, 59% der 20–39jährigen gegenüber nur 25% der 65–84jährigen wünschen die Fristenlösung oder eine völlige Freigabe.

Das *Zeitgesetz* ist vor allem am massiven Nein der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung gescheitert, 95% der Landwirte lehnten die Vorlage ab, mit einer Stimmbeteiligung, die weit über derjenigen der Gesamtheit der Stimmbürger lag (+ 16%). Gegen die Einführung der Sommerzeit stimmte aber auch die Mehrheit der Angehörigen unterer Berufs- und Bildungsschichten sowie die älteren Stimmbürger. Im Gegensatz zu den Landwirten ging es diesen Gruppen dabei nicht darum, etwas zu verhindern, das ihnen konkrete Nachteile gebracht hätte (Verlängerung des Arbeitstages). Vielmehr wurde gegen eine Neuerung opponiert, deren Sinn man nicht einzusehen vermochte bzw. die keine Vorteile versprach. Das Referendum gegen das *Zolltarifgesetz* fand in unteren Einkommensschichten sowie bei den SP-Sympathisanten die grösste Unterstützung. Mit dem Nein sollte die als unsozial empfundene Preiserhöhung auf einem Grundnahrungsmittel rückgängig gemacht werden. Oder aber man protestierte grundsätzlich gegen die Sparpolitik des Bundes. Die meisten Befürworter der Initiative für "*12 autofreie Sonntage*" sahen im Volksbegehren ein Mittel zur Hebung der allgemeinen Lebensqualität (weniger Lärm, bessere Luft etc.). Bei den Gegnern hielten sich zwei Argumente die Waage. Die einen stimmten gegen mehr Staat bzw. die Einschränkung persönlicher Freiheiten, die anderen verwarfen die Vorlage aus Solidarität mit "betroffenen" Regionen, Wirtschaftszweigen oder Bevölkerungsgruppen. Der Initiative am günstigsten gesinnt waren die Anhänger der SP. Am stärksten verworfen wurde das Volksbegehren in den Reihen der bürgerlichen Parteien sowie in der Westschweiz.

Bei *Multipack-Abstimmungen* kann sich eine Abstimmungsanalyse nicht auf die isolierte Betrachtung der einzelnen Abstimmungsergebnisse beschränken. Die Kombination von Vorlagen wirkt sich auf die Beteiligung und damit auch auf die einzelnen Resultate aus: es entsteht ein "*Multipack-Effekt*". In der letzten VOX-Analyse liess sich nachweisen, dass die durch die AHV-Vorlagen angelockten, in grösserer Zahl angetretenen 65–84jährigen die Ablehnung der Volksinitiative "Demokratie im Nationalstrassenbau" verstärkt haben. Diesmal hat das *Zeitgesetz* zu einer weit überdurchschnittlichen Mobilisation der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung geführt. Deren "zufällige" Präsenz an der Urne hat "nebenbei" dem *Zolltarifgesetz* zusätzliche Ja-Stimmen und dem *Hochschulförderungs-gesetz* zusätzliche Nein-Stimmen gebracht. Vor allem dem HFG ist die Kombination mit anderen Vorlagen schlecht bekommen. Stimmbürger, welche sich von ihm nur wenig angesprochen fühlten und sich hauptsächlich wegen des *Zeitgesetzes*, der *Brotpreiserhöhung* und vor allem der *Burgdorfer-Initiative* an die Urnen begaben, waren der *Hochschulförderung* mehrheitlich feindlich gesinnt. Eine Einzelabstimmung über das HFG hätte wahrscheinlich einen bedeutend kleineren Teil der Stimmbürger zur Stimmabgabe motiviert, womit die Chancen für ein positives Ergebnis gestiegen wären.

Das starke Nein der nach eigener Aussage an der Hochschulfrage weniger interessierten ist ein Hinweis dafür, dass Vorlagen oft nur darum abgelehnt werden, weil

man sich durch sie nicht betroffen fühlt bzw. darin keine Vorteile für die eigene Person zu erkennen vermag. Das Erkennen der eigenen Interessenlage ist ein Bildungs- und Informationsproblem. Um das Informationsdefizit des Stimmbürgers zu verkleinern, wurde das *“Bundesbüechli”* neu konzipiert. Die grafische Neugestaltung und die besser verständlichen Erläuterungen haben zu einem Anstieg der Leserquote um 8% auf 52% geführt. Von den Lesern wiesen zudem 12% explizit auf die verständlichere Sprache hin.



Analyse de la votation fédérale du 28.5.78

Récapitulation des résultats principaux

Le sondage représentatif effectué après la votation du 28.5 fait apparaître comme de coutume l'image de la *composition des camps des partisans et adversaires* de chaque projet et de leurs *motifs de décision*.

Concernant la loi sur *l'aide aux hautes écoles et la recherche* (LAHER), un fossé extraordinairement profond sépare les étudiants, les personnes de formation universitaire et les membres des couches professionnelles supérieures, d'une part, des citoyens sans formation supérieure et des membres des autres couches professionnelles d'autre part. 94% des personnes de formation universitaire approuvent la LAHER, 76% des citoyens au bénéfice d'une instruction primaire la rejettent. L'appartenance linguistique, l'habitat, l'âge et les sympathies politiques des votants sont toutefois également déterminants. Les Romands, les gens âgés de 20 à 39 ans, les habitants des régions urbaines, les sympathisants démocrates-chrétiens et socialistes se prononcèrent majoritairement en faveur de la loi. Cela afin d'assurer une place d'étude à tous ceux qui seraient susceptibles et désireux d'acquérir ce type de formation. En outre, beaucoup craignaient qu'un recul dans le domaine de la formation et de la recherche ne mette en danger la capacité de concurrence de l'économie suisse et, en conséquence, également le volume de l'emploi. Une *méfiance marquée à l'égard des hautes écoles et de leurs étudiants* s'exprime dans les réponses des *adversaires* de la LAHER, bien que seule une petite partie des rejetants explique son attitude en se référant aux "foyers d'agitation" que seraient ces institutions. Toutefois la crainte d'une formation pléthorique d'étudiants, manifestée par de nombreux opposants, ne repose vraisemblablement que dans le minimum des cas sur une connaissance des besoins effectifs. Les arguments financiers et fédéralistes n'ont eu qu'un porté secondaire.

La loi fédérale sur *l'interruption de la grossesse* n'a pas non plus réellement convaincu les 31% d'acceptants. Une majorité d'entre eux l'approuva uniquement comme un compromis acceptable ou comme un moindre mal, ou parce qu'ils désiraient que la discussion à ce sujet prenne fin. Le camp des adversaires était divisé. *Pour une majorité, la solution des indications élargies était trop restrictive*; la minorité souhaitait une solution moins hardie. Les jeunes citoyens, les Romands, les habitants des régions urbaines, les membres des catégories professionnelles supérieures, les protestants et les sympathisants des partis de gauche se sont principalement prononcés en faveur d'une libéralisation allant au-delà de la solution des indications. De toutes les variantes, seule la solution du délai semble pouvoir rassembler à court terme, une majorité des citoyens au niveau national.

Sous la forme d'une initiative populaire, elle serait toutefois vraisemblablement de nouveau rejetée; la constellation des intérêts est telle qu'elle rend à peine atteignable une majorité des cantons. En effet, 60% des citoyens des régions rurales optent pour le status quo ou pour les indications élargie. Au regard de l'évolution ultérieure de la question, l'opposition entre les classes d'âges est significative: les préférences de 59% des personnes âgées de 20 à 39 ans vont à la solution du délai ou à une libéralisation complète, alors que cette proportion n'est que de 25% dans la classe d'âge de 65 à 84 ans.

La loi sur l'heure d'été a échoué avant tout à cause du non massif de la population active dans le secteur agricole. 95% des agriculteurs ont repoussé le projet, avec une participation largement supérieure à celle de l'ensemble des citoyens (+ 16%). L'introduction de l'heure d'été a aussi été combattue par la majorité des couches inférieures, du point de vue de la formation et de la profession, ainsi que par les personnes âgées. A l'inverse des paysans, il ne s'agissait pas pour ces groupes d'empêcher l'adoption d'une mesure désavantageuse (allongement de la journée de travail), mais beaucoup plus de s'opposer à une innovation, dont on ne comprenait pas bien le sens ou qui semblait n'apporter aucune amélioration. Le référendum contre la loi sur le *tarif douanier* trouva son plus fort soutien dans les classes de revenus inférieurs ainsi qu'auprès des sympathisants socialistes. Par le non, on visait l'annulation de l'augmentation du prix d'un aliment de base, considérée comme antisociale; ou alors on protestait plus fondamentalement contre la politique de restrictions budgétaires de la Confédération. La plupart des partisans des *douze dimanches sans voitures* voyaient dans cette initiative un moyen pour améliorer la qualité de la vie en général (moins de bruit, air plus pur, etc.). Deux arguments ont été présentés avec une fréquence égale par les adversaires. Les uns votèrent contre l'accroissement du contrôle étatique, respectivement contre la limitation des libertés individuelles; les autres rejetèrent le projet par solidarité avec les régions, branches économiques et catégories de la population "touchées". L'initiative recueillit son écho le plus favorable dans les milieux socialistes, alors que la Romandie et les rangs des partis bourgeois la repoussèrent le plus nettement.

Lors de *votations "multipac"*, l'analyse ne saurait se limiter à un certain nombre de considérations isolées sur chaque projet. La combinaison des propositions agit sur la participation, modifiant par-là les différents résultats: il se produit un "*effet multipac*" ou combinatoire. Dans l'analyse VOX précédente, on a pu démontrer que la présence plus nombreuse de personnes âgées de 65 à 84 ans, attirées par le thème de l'AVS, avait renforcé le rejet de l'initiative "Démocratie dans la construction des routes nationales". Cette fois, la loi sur l'heure d'été a entraîné une participation largement au-dessus de la moyenne de la population active dans l'agriculture. Cet afflux "accidentel" a "accessoirement" apporté des oui supplémentaires à la loi sur le tarif douanier et un surcroît de non à la LAHER. La combinaison a surtout défavorisé la LAHER. Les citoyens qui se sentaient peu concernés par elle et qui se sont déplacés à cause de l'heure d'été, du prix du pain et surtout de l'initiative de Berthoud, étaient en majorité opposés à la LAHER. Une votation unique sur cette loi aurait probablement amené une participation plus faible, augmentant ainsi les chances d'un résultat positif.

Le non puissant de ceux qui, d'après leurs déclarations, étaient moins intéressés à la question des hautes écoles prouve que des projets sont souvent rejetés uniquement parce que l'on ne se sent pas touché, ou que l'on y trouve aucun avantage personnel. La localisation de ses propres intérêts est un problème de formation et d'information. Afin d'amoinrir cette sous-information du citoyen, la conception de la *brochure explicative officielle* fut repensée. Sa nouvelle présentation graphique et ses explications plus compréhensibles ont provoqué une augmentation du taux de lecture de 8 à 52%. 12% des lecteurs mentionnent explicitement son langage plus accessible.

PP
8001 Zürich

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87
Copyright by GfS und FSP
Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet